

Sophia Da Costa
Erste Sprecherin

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung

Bonn, 2024-01-31

Beschlussausfertigung: **Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus**
Antragstellende: Franziska Lenz (Fraktion Links-Grüne Liste)
Sean Bonkowski (Fraktion Liste Poppelsdorf)
Svenja Keller (Fraktion Juso-HSG)
Alexander Kersting (Fraktion Ring Christlich-Demokratischer Studenten)
Marlene Sieverdingbeck (Fraktion Liste undogmatischer Student*innen)
Marcel Bühl (Fraktion Liberale Hochschulgruppe)
Christian Robert Kieschnik (Liste Make Uni Bonn Great Again)
Sitzung des Beschlusses: Konstituierende Sitzung
Datum der Sitzung: 2024-01-24

Das 46. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **konstituierenden Sitzung einstimmig** den angehängten Antrag der oben genannten Antragstellenden, **Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus**, beschlossen.



Sophia Da Costa
Erste Sprecherin

Anlagen:

1. Beschlossener Antrag
2. Resolution der Zweiten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz
3. Beschluss des 45. SP vom 25.01.2023
4. Beschluss des 44. SP vom 27.01.2022
5. Beschluss des 43. SP vom 27.01.2021
6. Beschluss des 42. SP vom 26.02.2020
7. Beschluss des 41. SP vom 17.07.2019

Das 46. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Im Zuge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel vom 07.10.2023, ist eine erschreckende Zunahme an antisemitischen Vorfällen auch in Bonn zu beobachten.¹ Angesichts dieser Tatsache und der langjährigen Tradition des Bonner Studierendenparlaments, sich zu Beginn jeder Parlamentsperiode klar gegen Antisemitismus zu positionieren², bekennt sich das SP zu folgenden Punkten:

1. Die Studierendenschaft der Universität Bonn solidarisiert sich mit der jüdischen Gemeinde Bonns und spricht sich gegen jede Form von Antisemitismus aus insbesondere Formen des israelbezogenen Antisemitismus.
2. Personen und Institutionen, die sich positiv auf palästinensische Gewalt beziehen, sollten weder von der Studierendenschaft noch von der Universität gefördert oder unterstützt werden. Den palästinensischen Nationalismus, welcher die Schaffung eines palästinensischen Staates an die Bedingung der Abschaffung des Staates Israel in seiner gegenwärtigen Form knüpft, in die Nähe von antirassistischen oder antikolonialen Kämpfen zu rücken, ist eine Verzerrung der tatsächlichen Hintergründe, die den rassistischen und antisemitischen Charakter dieser Bewegung ausgeblendet.
3. Auch bekundet die Studierendenschaft ihre Solidarität mit den Kommiliton*innen unserer Partneruniversitäten in Jerusalem und Herzliya und fordert die Universitätsleitung auf, sich ebenfalls mit ihnen zu solidarisieren.
4. Mitglieder des AstA werden aufgefordert, diese Position gegenüber der Universität zu vertreten und in ihren politischen Handlungen sowie bei öffentlichen Äußerungen zu berücksichtigen.
5. Das Bonner Studierendenparlament unterstützt außerdem die Resolution der Zweiten deutsch-israelischen Studierendenkonferenz (Anlage 1) vom 29.10. - 30.10.2022. Das SP übernimmt die diesbezüglichen Beschlüsse von der 7. Ordentlichen Sitzung des 41. SP (17.07.2019).

Das Präsidium wird aufgefordert die Anlage 1 und folgende Beschlüsse als Anhänge in den ausgefertigten Beschluss aufzunehmen:

- Beschluss des 45. SP vom 25.01.2023
- Beschluss des 44. SP vom 27.01.2022
- Beschluss des 43. SP vom 27.01.2021
- Beschluss des 42. SP vom 26.02.2020
- Beschluss des 41. SP vom 17.07.2019

¹ https://ga.de/bonn/stadt-bonn/staatsschutz-ermittelt-nach-antisemitischen-graffiti-in-bonn_aid-99859399

² Beschluss des 45. SP vom 25.01.2023; Beschluss des 44. SP vom 27.01.2022; Beschluss des 43. SP vom 27.01.2021; Beschluss des 42. SP vom 26.02.2020; Beschluss des 41. SP vom 17.07.2019

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

Anlage 1:

Resolution 2022 - Zweite Deutsch-Israelische Studierendenkonferenz

Diese Resolution wurde im Rahmen der Zweiten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz entwickelt. Initiator:innen der Resolution sind der freie Zusammenschluss von student*Innenschaften (fzs e.V.), das Junge Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (JuFo DIG), die Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD), der Verband Jüdischer Studierender in Hessen (VJSH) und die National Union of Israeli Students (NUIS).

Die Pflege der deutsch-israelischen Freundschaft im Kontext von Jugend, Bildung und Forschung beinhaltet für uns zwei zentrale Handlungsstränge. Erstens: Der Kampf gegen jeglichen Antisemitismus in Deutschland und weltweit als Voraussetzung für jede Zusammenarbeit. Dazu gehört auch die Unterstützung der Normalisierung der Beziehungen anderer Staaten zu dem einzigen jüdischen Staat. Zweitens: die Fortsetzung und der ständige Ausbau des Austauschs und der Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen, Auszubildenden, Studierenden, Forschenden und Lehrenden. Auf diese beiden Dimensionen zielt die vorliegende Resolution ab.

Die Unterzeichner:innen bekräftigen zudem die Inhalte der Resolution der Ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz von 2019, daher wird für die Resolution die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus verwendet.

Grundlagen

1. Die Erinnerung an den Holocaust bewahren

Bevor wir als junge Menschen in Israel, Deutschland und der Welt in unsere Zukunft blicken, ist es wichtig, aus der Vergangenheit zu lernen und Lehren zu ziehen. Der Holocaust war ein beispielloses Verbrechen gegen die Menschheit, das von den Deutschen begangen wurde.

Aus Antisemitismus heraus geboren, führte er zur Ermordung von 6 Millionen Jüdinnen und Juden, Millionen von Geflüchteten und einer schweren globalen Krise.

1.1. **Erinnern ist kein Nullsummenspiel** - Wir wenden uns gegen jeden Versuch, die Shoah zu relativieren. Für uns konkurriert das Gedenken an die Shoah nicht mit der Erinnerung an die Verfolgung und Ermordung ethnischer, sexueller, religiöser oder politischer Minderheiten im Nationalsozialismus oder mit der Erinnerung an koloniale Verbrechen.

1.2. **Forschung ausbauen & Gedenken sichern** - Wir fordern, die Holocaust-Studien auszubauen und sich kontinuierlich für das Gedenken an den Holocaust einzusetzen.

2. Es gibt keinen ehrbaren Antisemitismus!

Wir haben den Eindruck, dass der gesellschaftliche Konsens über das Gedenken an den Holocaust und die Ächtung eindeutig antisemitischer Motive, Risse bekommen hat. Antisemitismus erscheint in immer wieder neuen Gestalten.

- 2.1. **Bekämpfung von Antisemitismus** - Wir wenden uns gegen jeglichen Antisemitismus, sei es unter dem Deckmantel der "künstlerischen Freiheit" oder durch die Dämonisierung und Delegitimierung des Staates Israel, deren sich in jüngster Vergangenheit sogar anerkannte Menschenrechtsorganisationen bedient haben.
- 2.2. **Verteidigung der IHRA-Definition von Antisemitismus** - Wir wehren uns gegen Angriffe auf die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus, die insbesondere im akademischen und kulturellen Bereich versuchen, israelbezogenen Antisemitismus salonfähig zu machen.

Konsequenzen

3. Schaffung eines sicheren Umfelds an allen Hochschulen für alle Studierenden

Die Hochschule spielt eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung der Studierenden auf die Zukunft. Daher ist es wichtig, sie sicher und für alle zugänglich zu machen. Alle Studierenden müssen ungestört und frei von Diskriminierung am Campusleben teilnehmen können.

- 3.1. **Vereinbarkeit von Religion und Studium** - Studium und Religionsausübung müssen miteinander vereinbar sein. In Deutschland gibt es viele institutionelle Hürden, die die Vereinbarkeit von Religion und Studium erschweren. Immer wieder werden Prüfungen auf nicht-christliche Feiertage gelegt. Dies gilt durch das strikte Schreib- und Arbeitsverbot am Shabbat oder an hohen Feiertagen im Judentum, insbesondere für praktizierende Jüdinnen und Juden. Es ist daher notwendig, jüdische Feiertage bei der Festlegung von Prüfungsterminen zu berücksichtigen und dafür politisch einen klaren Rechtsrahmen zu schaffen. Religiöse Minderheiten in Israel sind mit einer ähnlichen Situation konfrontiert und müssen sich an den jüdischen Kalender anpassen, um ihr Studium verfolgen zu können. Jüdische Studierendengruppen müssen in Deutschland und Europa frei agieren können und sollten sich nie für ihr Verhältnis zum Staat Israel rechtfertigen müssen.
- 3.2. **Schulung des akademischen Personals in kultureller und religiöser Sensibilität** Kulturelle und religiöse Vielfalt gibt es an allen Universitäten, und es ist notwendig, dass das akademische Personal geschult wird, um sich dieser Vielfalt in seiner Arbeit und Lehre bewusst zu sein und sensibel damit umgehen zu können.
- 3.3. **Förderung sozialen Zusammenhalts durch den Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus** - Soziale Segregation, die zu Ausgrenzung und Vorurteilen innerhalb der Gesellschaft führt, ist sowohl in Israel als auch in Deutschland ein Problem. Die Hochschulen können durch die Bereitstellung von Gelegenheiten zur Zusammenarbeit eine Rolle bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts spielen, da sie verschiedenen Gruppen die Möglichkeit bieten, sich sinnvoll zu begegnen und Stigmata abzubauen; hierdurch kann die Annäherung zwischen gesellschaftlichen Gruppen befördert werden.
- 3.4. **Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Gewährleistung eines sicheren Campus** - Sexuelle und geschlechtsspezifische Diskriminierung ist sowohl in Israel als auch in Deutschland ein Problem auf dem Campus. Um sie zu bekämpfen,

müssen wir Monitoring-Strukturen entwickeln und den akademischen Einrichtungen die Befugnis erteilen, sich mit dem Problem zu befassen. In der Umsetzung können wir voneinander lernen und einen Austausch über erfolgreiche Strategien herstellen.

4. Bildung und Forschung als konstitutive Säule der deutsch-israelischen Beziehungen

Die Zusammenarbeit von israelischen und deutschen Hochschulen, Forschenden und Studierenden muss ein zentraler Bestandteil der Partnerschaft zwischen den beiden Staaten sein.

4.1. **Langfristige Finanzierung des bilateralen Studierendenaustauschs** - Der Ausbau und die Konsolidierung des Studierendenaustauschs erfordert eine verstärkte bilaterale Zusammenarbeit und die Unterstützung durch einen ausreichend finanzierten DAAD in Deutschland; Kürzungen sind der falsche Weg. Eine engere Anbindung Israels an den Europäischen Hochschulraum in Form der Einbeziehung in Erasmus+ ist entscheidend, um die Mobilität für Studierende und Lehrende deutlich zu vereinfachen.

4.2. **Forschungskooperationen in verschiedenen Bereichen** - Forschungskooperationen müssen in vielfältiger Weise gefördert werden, um globale, gesellschaftliche und soziale Fragen beantworten zu können. Dies erfordert einen innovations- und gründungsorientierten Austausch, gemeinsame Forschung in verschiedenen Bereichen, eine enge Anbindung Israels an den Europäischen Forschungsraum sowie eine solide und langfristige Finanzierung all dessen.

5. Keine Zusammenarbeit mit Ländern und Institutionen, die aktive Aggression gegen den Staat Israel ausüben

Das iranische Regime stellt die größte Bedrohung für Israel und jüdisches Leben weltweit dar und ist ein zentraler Akteur in den Konflikten der Region. Der Iran ist für verschiedene Angriffe auf jüdische und israelische Einrichtungen weltweit verantwortlich und droht Israel regelmäßig mit seiner Vernichtung. Er ist auch aktiv an der weiteren Destabilisierung seiner Nachbarstaaten beteiligt und baut ein Netzwerk pro-iranischer Milizen als Brückenkopf gegen

Israel auf. Auch Universitäten und kulturelle Einrichtungen im Iran werden für antisemitische Propaganda missbraucht. Die Bildung einer Opposition dagegen ist praktisch unmöglich. Deshalb lehnen wir die Zusammenarbeit deutscher Hochschulen mit iranischen

Einrichtungen zum jetzigen Zeitpunkt entschieden ab. Vernichtungsdrohungen gegen Israel, Leugnung der Shoah und antisemitischer Terror können niemals Grundlage für eine Zusammenarbeit sein.

6. Normalisierung: Unterstützung des Abraham-Accords

In einer Region wie dem Nahen Osten, die von Kriegen, Krisen und Konflikten heimgesucht wird, sind Normalisierungsabkommen zwischen Israel und einigen arabischen Staaten

(Abraham-Accords) ein Hoffnungsschimmer für die Region, weshalb wir sie begrüßen. Der Verzicht auf Hass gegenüber Israel und stattdessen der Weg des Dialogs, der Zusammenarbeit und der Freundschaft kann einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Bedingungen in der gesamten Region leisten. Wir möchten die Vernetzung und den Austausch zwischen den jeweiligen Zivilgesellschaften der Staaten positiv begleiten und fordern die deutsche Regierung auf, diese Annäherung auch auf europäischer Ebene zu unterstützen.

7. Gemeinsam für eine nachhaltige Zukunft

Als Studierende sind wir verpflichtet, uns gegen die globalen Krisen unserer Zeit zu engagieren. Wir begrüßen Initiativen wie die Energiepartnerschaft zwischen Deutschland und Israel. Wir möchten nachhaltige Praktiken in akademischen Einrichtungen sicherstellen, um als Vorbild für Studierende und andere Einrichtungen in weiteren Bereichen von entscheidender Bedeutung für die Menschheit und den Planeten zu dienen.

8. Der Jugend einen Platz in der Entscheidungsfindung einräumen

Die Beteiligung der Jugend ist notwendig, um die Sichtweise der jüngeren Generation einzubeziehen und um sicherzustellen, dass die Auswirkungen von Maßnahmen auf künftige Generationen berücksichtigt werden. Im Jahr 2017 wurde in Israel die Regierungsresolution 2880 verabschiedet. Darin wird die Jugend als Motor für soziales und wirtschaftliches Wachstum anerkannt und die Bedeutung der Beteiligung der Jugend an der Entscheidungsfindung und der Politikentwicklung betont. Die Resolution ist jedoch noch nicht umgesetzt worden. Da junge Menschen die Zukunft beider Länder sind, müssen ihre Stimmen und ihre Perspektive gehört werden. Wir fordern unsere Regierungen auf, Strukturen für die Beteiligung der Jugend an Entscheidungsprozessen zu implementieren.

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Benedikt Bastin
Erster Sprecher

Telefon [+49 228 73-7033](tel:+49228737033)

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung

Bonn, 2023-04-11

Beschlussausfertigung: **Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus**
Antragstellende: Simon Pietig (Fraktion Liste undogmatischer Student*innen)
Fabian Albrecht (Fraktion Juso-HSG)
Steve Amoo (Fraktion Grüne Hochschulgruppe)
Sitzung des Beschlusses: Konstituierende Sitzung
Datum der Sitzung: 2023-01-25

Das 45. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn hat in seiner **konstituierenden Sitzung einstimmig** den angehängten Antrag der oben genannten Antragstellenden, **Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus**, beschlossen.

A handwritten signature in black ink that reads 'B. Bastin'.

Benedikt Bastin
Erster Sprecher

Anlagen:

1. Beschluss
2. Beschluss des 41. SP vom 17. Juli 2019
3. Beschluss des 43. SP vom 19. Mai 2021

Das 45. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Das 45. Bonner Studierendenparlament bekennt sich gegen jeden Antisemitismus. Daher übernimmt es die diesbezüglichen Beschlüsse von der 7. ordentlichen Sitzung des 41. SP (17.07.2019) und der 3. ordentlichen Sitzung des 43. SP (19.05.2021) Das Präsidium wird aufgefordert, die beiden Beschlüsse bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

SP-Präsidium, Endenicher Allee 19 (Container), 53115 Bonn

Benedikt Bastin

1. Sprecher

Telefon +49 228 73-7033

E-Mail sp@uni-bonn.de

Adresse Endenicher Allee 19
(Container), 53115 Bonn

Webseite <https://sp.uni-bonn.de>

Beschlussausfertigung

Bonn, 2022-05-10

Beschlussausfertigung: Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus

Antragsteller: Louis Heimann (Liste undogmatischer StudentInnen)

Sitzung des Beschlusses: konstituierende Sitzung

Datum der Sitzung: 2022-01-27

Das 44. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
hat in seiner
konstituierenden Sitzung

mehrheitlich den angehängten Antrag der oben genannten Antragstellenden
zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
beschlossen.



Benedikt Bastin

1. Sprecher des Studierendenparlamentes

Anhang:

1. Beschlossener Antrag
2. Beschluss des 41. SP
3. Beschluss des 43. SP

Das 44. Bonner Studierendenparlament hat beschlossen:

Das 44. Bonner Studierendenparlament bekennt sich gegen jeden Antisemitismus. Daher übernimmt es die diesbezüglichen Beschlüsse von der 7. ordentlichen Sitzung des 41. SP (17.07.2019) und der 3. ordentlichen Sitzung des 43. SP (16.05.2021). Das Präsidium wird aufgefordert, die beiden Beschlüsse bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 26. Februar 2021

Beschlussausfertigung: Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
Antragstellende*r: Stefan Turnsek (RCDS)
Sitzung des Beschlusses: konstituierende Sitzung
Datum der Sitzung: 27. Januar 2021
Empfänger*innen: Studierendenparlament und sein Präsidium

Das XLIII. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

konstituierenden Sitzung am 27. Januar 2021

einstimmig den angehängten Antrag des o.g. Antragstellenden

zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus,

verändert durch einen übernommenen Änderungsantrag,

beschlossen.



Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:

- Beschlossener Antrag
- Anlage 1: Beschluss des 42. Studierendenparlamentes
- Anlage 2: Beschluss des 41. Studierendenparlamentes
- Anlage 3: Stellungnahme des 40. Studierendenparlamentes
- Anlage 4: Resolution der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz

**Antrag der Fraktion des RCDS zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen
Antisemitismus in seiner beschlossenen Form.**

Das SP hat beschlossen:

Das 43. Bonner SP bekennt sich zu den Positionierungen der Vorgängerparlamente bzgl. Antisemitismus. Daher übernimmt es den diesbezüglichen Beschluss von der 2. ordentlichen Sitzung des 42. SP (16.02.2020).

Das Präsidium wird aufgefordert, ihn bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

Die Erneuerung des Antrags soll verdeutlichen, dass Antisemitismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben darf.

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

Anlage 4: Resolution der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz

„1) Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Das Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung gilt ebenso selbstverständlich auch für Israel.

2) In Vergangenheit und Gegenwart dienten Antisemitismus und Israelhass als ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse, die lediglich der Hass auf Juden und den jüdischen Staat einte. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.

3) Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt.

4) Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label ‚BDS‘, stellt einen besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie selbst nicht unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren sowie mit deren Partnern grundsätzlich aus.

5) Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte, sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischen Austausch

zwischen Deutschland und Israel begrüßen wir ausdrücklich und fördern ihn daher wo immer möglich nach Kräften.

6) Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen verankert werden.

Wir alle sprechen uns konsequent gegen Antisemitismus in unseren Gruppen aus und werden ihn mit aller Härte begegnen.“

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 28. Februar 2020

Beschlussausfertigung: Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
Antragstellerin: Stefan Turnsek (RCDS)
Sitzung des Beschlusses: 1. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 26. Februar 2020
Empfänger des Beschlusses: Studierendenparlament der Uni Bonn

Das XLII. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrich-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

1. ordentlichen Sitzung vom 26. Februar 2020

einstimmig den angehängten Antrag des o.g. Antragstellenden

zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus

beschlossen.



Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Beschlossener Antrag und entsprechender Beschluss des 41. Studierendenparlamentes



16.02.2020

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37

*Antrag: Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
(zweite ordentliche Sitzung, 26.02.2020)*

Das SP möge beschließen:

Das 42. Bonner SP bekennt sich zu den Positionierungen der beiden Vorgängerparlamente bzgl. Antisemitismus. Daher übernimmt es den diesbezüglichen Beschluss von der 7. ordentlichen Sitzung des 41. SP (17.07.2019). Das Präsidium wird aufgefordert, ihn bei der Ausfertigung des Beschlusses als Anlage zu ergänzen.

Begründung:

Die 75. Jährgang des Endes des Völkermordes an den europäischen Juden soll zum Anlass genommen werden, sich erneut zu vergegenwärtigen, dass Hass und Hetze (allgemein) keinen Platz in unserer Gesellschaft haben dürfen und dass eine Solidarität auch und gerade mit unseren jüdischen Mitbürgern notwendig ist. Die Vorfälle, die das 40. SP zu seinem Beschluss bewegt haben, bleiben Mahnung, dass auch die Universitätsgemeinschaft bzw. die Uni Bonn als Raum hier Nachholbedarf beim Hochhalten selbstverständlicher Ideale von Freiheit, Toleranz und sogar Gewaltlosigkeit hat.

Da die Beschlusslagen vergangener SPs das jeweils aktuelle Parlament nicht binden, ist eine Erneuerung angemessen, um zu zeigen: Die Bonner Studenten stehen unvermindert für diese Werte, gegen Hass und an der Seite ihrer jüdischen Kommilitonen. Wir machen uns dafür stark, auch jenseits tagesaktueller Debatten.

Allerdings ist nur die Erneuerung des letzten Beschlusses notwendig, da dieser wiederum den vorhergegangenen vollständig aufgriff und ergänzte. Er ist einsehbar unter:

https://www.sp.unibonn.de/beschluesse/dl/41/20190717_Erneuerung_Bekenntnis_gegen_Antisemitismus.pdf

Für die Fraktion:

Stefan Turnsek
Fraktionsvorsitzender

SP-Präsidium • c/o AStA • Nassestr. 11 • 53113 Bonn

1. Sprecher: Kay A. Frenken
c/o AStA der Uni Bonn
Nassestraße 11
53113 Bonn

Tel: 0228 - 737033
Mail: sp@uni-bonn.de

Bonn, 05. August 2019

Beschlussausfertigung: Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
Antragssteller: Justin Dennhardt (RCDS Fraktionsvorsitzender)
Sitzung des Beschlusses: 7. ordentliche Sitzung
Datum der Sitzung: 17. Juli 2019
Empfänger des Beschlusses: -----

Das XLI. Studierendenparlament der Rheinischen Friedrichs-Wilhelm-Universität Bonn hat in seiner

7. ordentlichen Sitzung vom 17. Juli 2019

einstimmig den angehängten Antrag des o.g. Antragsstellenden zur

Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus

verändert durch einen Änderungsantrag

beschlossen.



Kay A. Frenken
– Erster SP-Sprecher –

Anhang:
Antrag in seiner beschlossenen Form und der originale Antrag

Antrag der Fraktion des RCDS & Unabhängige zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus in seiner beschlossenen Form.

Das SP hat beschlossen:

- 1 Das 40. Bonner Studierendenparlament verurteilte den Angriff eines Zwanzigjährigen auf
2 den israelischen Professor Jitzchak Jochanan Melamed im Hofgarten vom 11.07.2018
3 zutiefst. Es kritisierte den Versuch der antisemitschen BDS-Bewegung, den Vortrag des
4 jüdischen Wissenschaftlers Dr. Amichai Magen im Rahmen der Veranstaltung zum
5 Thema „Managing Terrorist Threats: The Growing Democracy Advantage“ vom
6 12.07.2018 zu verhindern, scharf. Ein Jahr nach den Vorfällen erneuert das 41. Bonner
7 SP diese Positionierung und nimmt das Bekenntnis einschließlich der damaligen
8 Begründung in seine eigene Beschlusslage auf (Anlage 1).
9
- 10 Zudem begrüßt es das Zustandekommen sowie die Arbeit der ersten Deutsch-
11 Israelischen Studierendenkonferenz vom 15. – 16. Juni 2019 und unterstützt die dort
12 gefasste Resolution (Anlage 2).

Anlage 1: Stellungnahme des 40. Studierendenparlamentes

- 1 „Die Bonner Studierenden stehen geschlossen mit ihren jüdischen Kommilitonen und
2 Kommilitoninnen und Mitbürgern und Mitbürgerinnen. Die Bonner Studierenden
3 verurteilen Gewalt und Antisemitismus; sie verurteilen die Täter und Täterinnen und sind
4 mit den Opfern solidarisch. Dass alleine von der öffentlich sichtbaren Zugehörigkeit zum
5 Judentum eine körperliche Gefahr ausgeht, darf nicht sein.
6
- 7 Kein Ort steht mehr für Freiheit, Toleranz, Vielfalt und den offenen, gewaltfreien Diskurs
8 als eine Universität. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein zentraler Wert einer
9 jeden Demokratie und unserer Republik. Darauf sind wir stolz. Beide beschriebenen

10 Vorgänge waren auch Angriffe auf all diese Werte, weshalb das SP sie in besonderer
11 Weise verurteilt.

12 Das SP bedauert, das Bekenntnis zu solchen scheinbaren Selbstverständlichkeiten
13 explizit beschließen zu müssen und ist darüber besorgt, dass sie sogar hier an der Uni
14 Bonn nicht überall Realität sind.

15

16 [Damalige] Begründung:

17

18 Die akademischen Grundwerte begründen das Wertebekenntnis. Daher ist es Aufgabe
19 der Universität und der Studierendenschaft, sich zu den Ereignissen auf unserem
20 Campus zu äußern und ein klares Bekenntnis abzugeben.

21

22 Am 11.07.2018 wurde ein jüdischer Professor [Jitzchak Jochanan Melamed] Opfer eines
23 antisemitischen Angriffs im Hofgarten, weil er seine Kippa offen trug. Der Zentralrat der
24 Juden und die Jüdische Gemeinde Bonn warnen davor, sie offen zu zeigen, um solche
25 Angriffe zu verhindern. Die Universität hat die Tat bereits verurteilt. Jetzt soll die
26 Studierendenschaft ebenfalls ein Zeichen setzen – und zwar ein noch deutlicheres: Der
27 Angriff muss – wie alle seiner Art – verurteilt und Solidarität mit den Opfern verdeutlicht
28 werden. Für den Antragsteller ist klar, dass Juden sich in Deutschland nicht fürchten
29 dürfen, ihre Kippa offen zu tragen.

30

31 Am nächsten Tag veranstaltete das Center for International Security and Governance der
32 Uni Bonn eine Diskussion renommierter Forscher zum Thema ‚Managing Terrorist
33 Threats: The Growing Democracy Advantage‘. Dabei trat u.a. der israelische
34 Wissenschaftler Dr. Amichai Magen auf. Die antisemitische BDS-Bewegung bemühte
35 sich darum, dass Dr. Magen nicht auftreten dürfe. Dies lies die Universität nicht zu. Das
36 SP hat die BDS-Bewegung bereits scharf und mit ungewöhnlich großer Mehrheit
37 verurteilt, u.a. (aber nicht darauf begrenzt) für ihr Engagement gegen die
38 Wissenschaftsfreiheit.

39

40 Neben der Gewalt im ersten Vorfall, die bereits behandelt wurde, sorgt sich der
41 Antragsteller [RCDS-Fraktion] um die angesprochene Wissenschaftsfreiheit. Diese

42 bedroht die BDS-Bewegung durch ihre Bemühungen, Vorträge israelischer
43 Wissenschaftler zu verhindern. Aber auch Angriffe auf jüdische Professoren, die die Uni
44 Bonn besuchen, schrecken (ob gezielt oder nicht) von solchen Besuchen ab.

45

46 Der Antragssteller [RCDS-Fraktion] hat gezögert, den Beschluss eines eigentlich
47 selbstverständlichen Bekenntnisses – so wichtig es auch ist – explizit zu beantragen.
48 Aber die jüngsten Ereignisse haben die traurige Realität verdeutlicht, die so einen
49 Beschluss aus Sicht des Antragstellers notwendig macht.“

Anlage 2: Resolution der ersten Deutsch-Israelischen Studierendenkonferenz

1 „1) Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden
2 zu existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht
3 tolerieren. Das Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung gilt ebenso
4 selbstverständlich auch für Israel.

5

6 2) In Vergangenheit und Gegenwart dienten Antisemitismus und Israelhass als
7 ideologische Grundlage antidemokratischer Bündnisse, die lediglich der Hass auf Juden
8 und den jüdischen Staat einte. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns
9 unterschiedslos gegen alle Feinde Israels, egal ob sie der politischen Linken, der
10 politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft oder dem islamischen Spektrum
11 zuzuordnen sind.

12

13 3) Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet
14 hat, bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges
15 Werkzeug bei seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine
16 herausragende Rolle. Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und
17 möchten sie an allen Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen
18 findet sie Anwendung und wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt.

19

20 4) Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label ‚BDS‘, stellt einen
21 besonders aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es
22 keinen Raum an deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit
23 anderer wegen ihrer Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie selbst nicht
24 unbegrenzt einfordern. Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen
25 Akteurinnen und Akteuren sowie mit deren Partnern grundsätzlich aus.

26

27 5) Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte,
28 sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischen Austausch
29 zwischen Deutschland und Israel begrüßen wir ausdrücklich und fördern ihn daher wo
30 immer möglich nach Kräften.

31

32 6) Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die
33 Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger
34 sind für die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir
35 setzen uns deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und
36 fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu
37 etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den
38 Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den
39 Lehramtsstudiengängen verankert werden.

40

41 Wir alle sprechen uns konsequent gegen Antisemitismus in unseren Gruppen aus und
42 werden ihn mit aller Härte begegnen.“

[beschlossene Form ausgearbeitet durch das SP-Präsidium]

1 Antrag zur Erneuerung des Bekenntnisses gegen Antisemitismus
2 (sechste ordentliche Sitzung, 17.07.2019)

3

4 **Das SP möge beschließen:**

5

6 Das 40. Bonner Studierendenparlament verurteilte den Angriff eines Zwanzigjährigen auf den
7 israelischen Professor Jitzchak Jochanan Melamed im Hofgarten vom 11.07.2018 zutiefst. Es
8 kritisierte den Versuch der antisemitschen BDS-Bewegung, den Vortrag des jüdischen
9 Wissenschaftlers Dr. Amichai Magen im Rahmen der Veranstaltung zum Thema „Managing
10 Terrorist Threats: The Growing Democracy Advantage“ vom 12.07.2018 zu verhindern, scharf.
11 Ein Jahr nach den Vorfällen erneuert das 41. Bonner SP diese Positionierung und nimmt das
12 Bekenntnis einschließlich der damaligen Begründung in seine eigene Beschlusslage auf (Anlage
13 1).

14

15 Zudem begrüßt es das Zustandekommen sowie die Arbeit der ersten deutsch-israelischen
16 Studentenkonzferenz vom 15. – 16. Juni 2019 und unterstützt die dort gefasste Resolution
17 (Anlage 2).

18

19 Anlage 1: Stellungnahme des 40. SP

20 „Die Bonner Studenten stehen geschlossen mit ihren jüdischen Kommilitonen und Mitbürgern.
21 Die Bonner Studenten verurteilen Gewalt und Antisemitismus; sie verurteilen die Täter und sind
22 mit den Opfern solidarisch. Dass alleine von der öffentlich sichtbaren Zugehörigkeit zum
23 Judentum eine körperliche Gefahr ausgeht, darf nicht sein.

24

25 Kein Ort steht mehr für Freiheit, Toleranz, Vielfalt und den offenen, gewaltfreien Diskurs als
26 eine Universität. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein zentraler Wert einer jeden
27 Demokratie und unserer Republik. Darauf sind wir stolz. Beide beschriebenen Vorgänge waren
28 auch Angriffe auf all diese Werte, weshalb das SP sie in besonderer Weise verurteilt.

29

30 Das SP bedauert, das Bekenntnis zu solchen scheinbaren Selbstverständlichkeiten explizit
31 beschließen zu müssen und ist darüber besorgt, dass sie sogar hier an der Uni Bonn nicht überall
32 Realität sind.

33

34 [Damalige] Begründung:

35

36 Die akademischen Grundwerte begründen das Wertebekenntnis. Daher ist es Aufgabe der
37 Universität und der Studierendenschaft, sich zu den Ereignissen auf unserem Campus zu äußern
38 und ein klares Bekenntnis abzugeben.

39

40 Am 11.07.2018 wurde ein jüdischer Professor [Jitzchak Jochanan Melamed] Opfer eines
41 antisemitischen Angriffs im Hofgarten, weil er seine Kippa offen trug. Der Zentralrat der Juden
42 und die Jüdische Gemeinde Bonn warnen davor, sie offen zu zeigen, um solche Angriffe zu

43 verhindern. Die Universität hat die Tat bereits verurteilt.¹ Jetzt soll die Studierendenschaft
44 ebenfalls ein Zeichen setzen – und zwar ein noch deutlicheres: Der Angriff muss – wie alle seiner
45 Art verurteilt und Solidarität mit den Opfern verdeutlicht werden. Für den Antragsteller ist klar,
46 dass Juden sich in Deutschland nicht fürchten dürfen, ihre Kippa offen zu tragen.

47

48 Am nächsten Tag veranstaltete das Center for International Security and Governance der Uni
49 Bonn eine Diskussion renommierter Forscher zum Thema ‚Managing Terrorist Threats: The
50 Growing Democracy Advantage‘. Dabei trat u.a. der israelische Wissenschaftler Dr. Amichai
51 Magen auf. Die antisemitische BDS-Bewegung bemühte sich darum, dass Dr. Magen nicht
52 auftreten dürfe. Dies lies die Universität nicht zu.² Das SP hat die BDS-Bewegung bereits scharf
53 und mit ungewöhnlich großer Mehrheit verurteilt, u.a. (aber nicht darauf begrenzt) für ihr
54 Engagement gegen die Wissenschaftsfreiheit³.

55

56 Neben der Gewalt im ersten Vorfall, die bereits behandelt wurde, sorgt sich der Antragsteller
57 [RCDS-Fraktion] um die angesprochene Wissenschaftsfreiheit. Diese bedroht die BDS-
58 Bewegung durch ihre Bemühungen, Vorträge israelischer Wissenschaftler zu verhindern. Aber
59 auch Angriffe auf jüdische Professoren, die die Uni Bonn besuchen, schrecken (ob gezielt oder
60 nicht) von solchen Besuchen ab.

61

62 Der Antragssteller [RCDS-Fraktion] hat gezögert, den Beschluss eines eigentlich
63 selbstverständlichen Bekenntnisses – so wichtig es auch ist – explizit zu beantragen. Aber die
64 jüngsten Ereignisse haben die traurige Realität verdeutlicht, die so einen Beschluss aus Sicht
65 des Antragstellers notwendig macht.“

66

67 Anlage 2: Resolution der deutsch-israelischen Studentenkonzferenz

68 „1) Das Recht Israels, als jüdischer und demokratischer Staat in Sicherheit und Frieden zu
69 existieren, ist für uns eine Selbstverständlichkeit, deren Infragestellung wir nicht tolerieren. Das
70 Recht eines jeden Staates auf Selbstverteidigung gilt ebenso selbstverständlich auch für Israel.

71

72 2) In Vergangenheit und Gegenwart dienten Antisemitismus und Israelhass als ideologische
73 Grundlage antidemokratischer Bündnisse, die lediglich der Hass auf Juden und den jüdischen
74 Staat einte. In Anerkennung dieser Tatsache stellen wir uns unterschiedslos gegen alle Feinde
75 Israels, egal ob sie der politischen Linken, der politischen Rechten, der Mitte der Gesellschaft
76 oder dem islamischen Spektrum zuzuordnen sind.

77

78 3) Die IHRA Antisemitismusdefinition, welche auch die Bundesregierung verabschiedet hat,
79 bietet eine klare Grundlage zur Identifikation von Judenhass und ein wichtiges Werkzeug bei
80 seiner Bekämpfung. Dabei spielt der israelbezogene Antisemitismus eine herausragende Rolle.

¹ <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Als-Jude-in-Bonn-hat-man-sich-an-die-Gefahr-gewöhnt-article3898727.html>

² <http://www.general-anzeiger-bonn.de/bonn/stadt-bonn/Israeli-spricht-trotz-Protest-an-der-Uni-Bonn-article3898569.html>

³ https://www.sp.uni-bonn.de/beschluesse/dl/40/20180514_Verurteilung_BDS.pdf

81 Wir begrüßen die IHRA Antisemitismusdefinition ausdrücklich und möchten sie an allen
82 Universitätsstandorten etabliert sehen. In unseren Organisationen findet sie Anwendung und
83 wird in Bildungsangeboten den Mitgliedern vermittelt.
84

85 4) Die Boykottkampagne gegen Israel, verbunden mit dem Label ‚BDS‘, stellt einen besonders
86 aggressiven Ausdruck des israelbezogenen Antisemitismus dar, für den es keinen Raum an
87 deutschen Universitäten geben darf. Wer die akademische Freiheit anderer wegen ihrer
88 Herkunft bzw. ihres Wohnortes nicht akzeptiert, kann sie selbst nicht unbegrenzt einfordern.
89 Für uns schließt sich jegliche Zusammenarbeit mit BDS, seinen Akteurinnen und Akteuren sowie
90 mit deren Partnern grundsätzlich aus.
91

92 5) Mit Israel, der einzigen Demokratie des Nahen Ostens, verbinden uns nicht nur Werte,
93 sondern auch gemeinsame Interessen. Kooperation und akademischen Austausch zwischen
94 Deutschland und Israel begrüßen wir ausdrücklich und fördern ihn daher wo immer möglich
95 nach Kräften.
96

97 6) Die Erforschung des Antisemitismus, seiner Genese und seiner Wirkweise, sowie die
98 Vermittlung entsprechender Erkenntnisse an Multiplikatoren und Entscheidungsträger sind für
99 die erfolgreiche Bekämpfung des Antisemitismus von höchster Wichtigkeit. Wir setzen uns
100 deshalb dafür ein und fordern von Universitäten und Politik, bundesweit und
101 fächerübergreifend weitere Lehrstühle im Themenbereich Antisemitismusforschung zu
102 etablieren. Der Themenbereich muss flächendeckend auch und insbesondere in den
103 Studienordnungen der Politik- und Sozialwissenschaften, sowie den Lehramtsstudiengängen
104 verankert werden.
105

106 Wir alle sprechen uns konsequent gegen Antisemitismus in unseren Gruppen aus und werden
107 ihn mit aller Härte begegnen.“
108

109 **Begründung:**

110 Da die Beschlusslage vergangener Wahlperioden das SP nicht bindet, soll der Beschluss erneuert
111 werden. Der Jahrestag der Vorfälle sowie besagte Konferenz sollten dem SP ein Anlass dazu sein.
112

113 **Gezeichnet im Namen der Fraktion:**

Justin Dennhardt
Fraktionsvorsitzender

114